



Medienkonferenz Flüchtlingstage 11. Juni 2013, Bern

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Mario Gattiker, Direktor BFM

## **Die berufliche Integration anerkannter Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommener aus Sicht des Bundes**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweiz ist zu Recht stolz auf ihre humanitäre Tradition, Flüchtlinge aufzunehmen. Doch Aufnahme allein bedeutet noch nicht Integration. Jeder Mensch, der in der Schweiz Schutz findet, sollte auch arbeiten können, um eigenständig für sich und seine Familie aufzukommen.

Viele anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene schaffen es nach wie vor nicht, sich beruflich zu integrieren - selbst dann nicht, wenn sie die lokale Sprache können und über berufliche Erfahrung verfügen. Sie bleiben von staatlicher Hilfe abhängig. Das zehrt am Selbstwertgefühl und entmutigt. Mehr noch: Die Abhängigkeit stigmatisiert sie und nährt das Vorurteil, sie seien nicht fähig oder nicht willens, zu arbeiten.

Es gibt verschiedene Gründe für diese Situation. Zum Beispiel Vorurteile oder die Schwierigkeit, berufliche Qualifikationen und Erfahrungen anerkennen zu lassen.

Die jüngsten Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigen, dass 40 Prozent der Arbeitnehmenden aus Ländern ausserhalb der EU und der EFTA überqualifiziert sind für die Arbeit, die sie machen. Das gilt auch für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene.

Bund, Kantone und Nichtregierungsorganisationen arbeiten gemeinsam daran, diese Situation zu verändern.

Der Bund überweist den Kantonen für jeden Flüchtling eine einmalige Integrationspauschale von 6'000 Franken. Letztes Jahr waren es 23 Millionen Franken, welche die Kantone vorwiegend für die Integration in den Arbeitsmarkt einsetzten. Sprachkurse, Grundausbildung und fachspezifische Weiterbildung, individuelle Beratung und Bewerbungscoaching - das sind nur einige Beispiele aus der breiten Palette der Massnahmen, die oft von Nichtregierungsorganisationen umgesetzt werden.

Das BFM selber lanciert ebenfalls Projekte, um anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen den Weg in die Arbeitswelt zu erleichtern. Ich skizziere hier nur eines. Es nennt sich "Potenziale nutzen".

Zusammen mit verschiedenen Hilfswerken begleiten wir qualifizierte Flüchtlinge dabei, ihre Diplome und Berufserfahrungen anerkennen zu lassen. Dann unterstützen wir sie auf der Suche nach einer Stelle, die ihrer beruflichen Ausbildung und Erfahrung entspricht.

Gleichzeitig wollen wir herausfinden, wo die Hindernisse bei der Anerkennung genau liegen, damit wir sie abbauen können.

Warum tun wir das? Weil es eine Vergeudung von Ressourcen ist, wenn eine Ärztin in der Spitalküche arbeitet oder ein Ingenieur auf dem Bau. So gehen grosse Potenziale verloren. Sie gehen für die Betroffenen verloren. Das ist frustrierend. Sie gehen aber auch für die Schweizer Wirtschaft verloren. Für den Staat. Für die Gesellschaft. Das ist für unsinnig.

Allerdings nützen die besten Projekte wenig, wenn die Arbeitgeber nicht mitziehen. Viele Unternehmen stellen Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen an. Aber wir brauchen weit mehr Arbeitgeber, die ihnen eine Chance geben, ihr Können und Wissen einzusetzen.

Deshalb wollen die Flüchtlingstage der Bevölkerung UND den Arbeitgebern vor Augen führen, dass Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen ihren Beitrag an die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft leisten wollen und leisten können.

Aus dem gleichen Grund führen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden seit letztem Herbst einen Dialog mit der Privatwirtschaft. Ziel ist es, die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verbessern - auch für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene.

Mit dem Dialog sollen die Arbeitgeber für ihre wichtige Rolle sensibilisiert und besser informiert werden. Viele Arbeitgeber wissen zum Beispiel nicht, dass vorläufig Aufgenommene arbeiten dürfen. Deshalb hat der Bund eine Info-Broschüre verfasst, welche die Rechtslage dieser Gruppe erklärt und aktiv an Unternehmen verteilt wird.

Der Bund will zudem administrative Hürden abbauen. Die liegen manchmal an Kleinigkeiten. Künftig wird der biometrische Ausländerausweise keinen Vermerk mehr zur Erwerbssituation enthalten. Arbeitgeber haben nämlich den Vermerk "ohne Erwerbstätigkeit" oft als Erwerbsverbot interpretiert und waren unsicher, ob sie Flüchtlinge überhaupt anstellen dürften.

Meine Damen und Herren

Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene haben der Schweiz viel zu geben: Motivation und Wissen, Berufserfahrung und Talent. Einsetzen können sie es aber nur, wenn wir uns alle, mit ihnen zusammen, engagieren. Das ist denn auch der Leitgedanke der Flüchtlingstage: Gemeinsam schaffen wir es.